

## Asien-Newsletter

29. August 2018

Inhaltverzeichnis		Seite
<i>China</i>	<i>Deutscher Journalistik-Student muss China verlassen</i>	<i>1</i>
	<i>Megaprojekt Unterwassertunnel</i>	<i>1</i>
<i>Taiwan</i>	<i>Peking will Taiwan unsichtbar machen</i>	<i>2</i>
<i>Japan</i>	<i>Verheiratete Frauen im Beruf unerwünscht</i>	<i>2</i>
<i>Indien</i>	<i>Staatsbürgerregister löst Panik aus</i>	<i>3</i>

### China

#### Deutscher Journalistik-Student muss China verlassen

Der deutsche Journalistik-Student David Missal absolvierte an der Pekinger Tsinghua-Universität einen Master-Studiengang. Bei Recherchen über Menschenrechtsanwälte filmte und interviewte er auch Anwälte und deren Familien. Er war jedoch nicht offiziell als Journalist registriert. Jetzt wurde er aus China ausgewiesen. Die Begründung der Behörden ist, dass seine Tätigkeit nicht vom Studentenvisum gedeckt sei. Berichte sind nur Personen mit Journalisten-Visum und Arbeitserlaubnis erlaubt, aber sein Uniprofessor hatte das Projekt zuerst genehmigt.

Die Sicherheitsbehörden haben innerhalb von drei Jahren über 300 Bürgerrechtsanwälte, Mitarbeiter von Kanzleien, Aktivisten und Angehörige zu Bewährungsstrafen verurteilt oder inhaftiert. China gehört zu den Ländern mit den meisten inhaftierten Journalisten und Bloggern. Die Arbeitsbedingungen ausländischer Reporter verschlechtern sich und vereinzelt wurden schon vor Missal Personen ausgewiesen.

Quelle: Süddeutsche Zeitung 12.08.2018

#### Megaprojekt Unterwassertunnel

Peking hat mal wieder ein Megaprojekt geplant - einen 135 km langen Unterwassertunnel in 200 Metern Tiefe für Schnellzüge, die China mit der „abtrünnigen Provinz“ Taiwan verbinden sollen. Taiwan wurde dazu nicht befragt. Für Frischluftzufuhr in den Röhren sollen zwei künstlich aufgeschüttete Inseln sorgen. Der Ärmelkanaltunnel ist lachhaft dagegen. Ein Problem könnte die Erdbebenregion der Hauptstadt Taipeh sein. Parteichef Xi Jinping legt auf eine Wiedervereinigung mit Taiwan größten politischen Wert, Staaten mit

diplomatischen Beziehungen zum Inselstaat werden ausgegrenzt. 18 Länder erkennen Taiwan offiziell an, aber es werden weniger, denn Peking lockt mit Wirtschaftsförderung und Milliardenversprechen. Vor kurzem verschickte Peking außerdem Schreiben an ausländische Fluglinien mit der Aufforderung, Taiwan zukünftig als „China Taiwan“ oder „China Taiwan Region“ zu bezeichnen. Die herrschende negative Stimmung zwischen Taipeh und Peking macht ein gemeinsames Tunnelprojekt sehr unwahrscheinlich.

Quelle: Süddeutsche Zeitung 08.08.2018

## Taiwan

### Peking will Taiwan unsichtbar machen

Peking forderte von 40 Fluglinien, auf ihren Webseiten Taiwan unter China aufzuführen. Eine der ersten, die sich fügten, war die deutsche Lufthansa. Peking betrachtet das demokratische Taiwan als Teil Großchinas, das der Wiedervereinigung harrt, obwohl 60 Prozent der Bürger sich als Taiwaner sehen und Chinas Ein-Parteien-Diktatur ablehnen. Taiwans Präsidentin verhält sich zurückhaltend, aber die Wurzeln ihrer Partei sind die taiwanische Unabhängigkeitsbewegung. Bei den Flugunternehmen geht es ums Geschäft, denn vielleicht ist China bereits in zwei Jahren noch vor den USA der weltgrößte Markt für Flugreisen. Nicht nur Fluglinien fallen unter die offensive Taktik Pekings, Taiwan als eigenständigen Staat von der Landkarte zu löschen: auch die Webseiten der Modekette Zara und des Hotelkonzerns

Merriott wurden eine Woche abgeschaltet, weil dort Taiwan noch als eigenständiger Name aufgeführt wurde. Nur noch 18 Staaten erkennen Taiwan an, darunter Vatikanstaat, aber der will durch eine Vereinbarung mit Peking die Katholiken Chinas wieder erreichen. Kürzlich wurden der taiwanischen Stadt Taichung die Teilnahme an den Ostasiatischen Jugendspielen 2019 entzogen, obwohl Taiwan schon 21,8 Mio. Dollar dafür ausgab. Nun hat Japan mit einem hübschen Schachzug demonstriert, wie man Peking auf ausgeklügelte Art entgegenkommen kann: Japan Airlines strichen Taiwan zwar von den Links auf ihrer Webseite, aber das taten sie auch mit China und Südkorea. Dafür stehen da jetzt nur noch Städte, z. B. Taipeh, Seoul oder Shanghai - unter der Kategorie „Ostasien“.

Quelle: Süddeutsche Zeitung, 08.08.2018

## Japan

### Verheiratete Frauen im Beruf unerwünscht

Die private Tokyo Medical University hat jahrelang Aufnahmetests manipuliert, um Frauen vom Studium auszuschließen. Außerdem konnten Eltern durch Spenden die Testergebnisse von Söhnen verbessern lassen. Dadurch wurde der Frauenanteil an der Uni unter 30 Prozent gehalten. Der Skandal flog auf, als der Präsident und Vorsitzende der Uni einen Beamten des Wissenschaftsministeriums bestachen, damit er ihnen etwa 270.000 Euro zuschanzte, wenn sie dafür seinem Sohn einen Studienplatz gaben. Leider war das kein Einzelfall. Frauen werden in Japan beruflich seit jeher benachteiligt, nicht nur beim Medizinstudium. Man erwartet, dass sie nach der Heirat oder spätestens bei der Schwangerschaft den

Arbeitsplatz kündigen, obwohl es gesetzlich drei Monate Mutterschaftsurlaub gibt. Trotzdem können die meisten ihren Job nicht behalten, sie werden regelrecht „herausgemobbt“. Gesellschaftlich wird ihnen beim Arbeitswunsch Egoismus vorgeworfen. Viele Akademikerinnen mit besseren Qualifikationen als Männer finden nur unqualifizierte Teilzeit-Jobs. Kürzlich wurde nun die Initiative „Matahara“ gegen die Schikane von Müttern und Frauen gegründet. Die Uni-Chefs begründeten die Benachteiligung von Studentinnen damit, dass diese sowieso bald heiraten würden, was zu einem Ärztemangel in Krankenhäusern führen würde. In Japan sind nur 20 Prozent der Ärzte Frauen.

Quelle: Süddeutsche Zeitung 09.08.2018

### Systemische Werkzeuge für erfolgreiches Projektmanagement

Simone Gehr  
Joanne Huang  
Michael Boxheimer  
Sonja Armatowski

### Systemische Werkzeuge für erfolgreiches Projektmanagement

Konzepte, Methoden, Fallbeispiele

SpringerGabler

Simone Gehr, Joanne  
Huang, Michael Boxheimer &  
Sonja Armatowski

Februar 2018  
147 Seiten  
Softcover 34,99 EUR  
eBuch 26,99 EURO  
ISBN 978-3-658-19988-3  
Springer Gabler Verlag

### Unternehmensführung und Projektmanagement in China

Joanne Huang (Hrsg.)  
Mit Beiträgen von Jörg Koltisch, Arthur Chung



symposion

GPM  
GPM Group

### Unternehmensführung und Projektmanagement in China

Joanne Huang (Hrsg.), Jörg  
Koltisch & Arthur Chung

September 2015  
234 Seiten  
Hardcover 45 EURO  
ISBN 978-3-86329-670-4  
Symposion Publishing

Bücher auf Lager - Jetzt bestellen  
[info@huang-jaumann.de](mailto:info@huang-jaumann.de)

## Indien

### Staatsbürgerregister löst Panik aus

Im ostindischen Assam mit 33 Millionen Einwohnern liegt der Entwurf eines neuen Staatsbürgerregisters vor. Die Kosten betragen 178 Millionen Dollar, es ist noch nicht rechtskräftig, sorgt jedoch für Panik. Wer belegen kann, schon vor 1971 in Indien gelebt zu haben, hat Anspruch auf die Staatsbürgerschaft, alle anderen könnten als illegale Einwanderer betrachtet werden. Das beträfe vier Millionen Einwohner, die meisten davon Muslime. In Assam leben viele Ethnien, die meisten sind Hindus. Jahrzehntlang wanderten Menschen aus anderen Teilen Indiens zu, aber auch aus überwiegend muslimischen Gebieten, die heute zu Bangladesch gehören. Die Migration reicht bis in britische Kolonialzeiten zurück, als muslimische Bengalen ermutigt wurden, von Süden nach Norden zu ziehen und alle Gebiete noch zu Britisch-Indien gehörten. Seit 1971 ist Bangladesch unabhängig. Westpakistan wollte damals die Abspaltung

Ostpakistans verhindern, verlor aber den Konflikt, da Indien auf der Seite der Bengalen intervenierte. Bei den blutigen Wirren flohen Hunderttausende in den Norden, die meisten siedelten sich in Assam an. Kritiker werfen der in Assam regierenden hindu-nationalistischen Bharatiya Janata Party (BJP), die 2014 auch die nationalen Wahlen gewann antimuslimische Politik vor. Hindu-Fanatiker fühlen sich bestärkt. Will Premier Modi und die BJP schon gezielt Wähler für 2019 mobilisieren? Die Angst in Assam wächst weiter, außerdem wird Bangladesch kaum Hunderttausende ethnische Bengalen als Bürger aufnehmen. In zahlreichen absurde Fällen stehen nur einzelne Familienmitglieder auf der Liste, andere wieder nicht. Einspruch ist bis Ende September möglich. Beschwichtigungsversuchen der Regierung wird mit Misstrauen begegnet.

Quelle: Süddeutsche Zeitung 16.08.2018

Redaktion: Ulli Jenisch

Kostenlose Abonnement : [newsletter@huang-jaumann.de](mailto:newsletter@huang-jaumann.de)



ASIEN  
BESSER  
VERSTEHEN

Interkulturelle Seminare

**Huang+Jaumann  
Wirtschaftsbüro**  
Bauerntanzgässchen 1  
D-86150 Augsburg  
Fon: 49-821-31 99 840  
info@huang-jaumann.de  
[www.huang-jaumann.de](http://www.huang-jaumann.de)

**Dienstleistungen:**  
\* Globales Smart Management  
\* Interkulturelles Training  
\* Internationale Teambildung